Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 97 (2003)
Heft: 2

Artikel: Plädoyer für ökonomische Bürger- und Menschenrechte
Autor: Künzli, Arnold
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-144389

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Arnold Künzli

Plädoyer für ökonomische Bürger- und Menschenrechte

Arnold Künzli ist einer der ganz wenigen Vordenker eines Demokratischen Sozialismus. Und er ist es auch nach 1989 geblieben. «Wirtschaftsdemokratie» heisst die Zielrichtung, die Künzlis politische Philosophie bis heute prägt. In seinem ersten Artikel in den Neuen Wegen im Jahr 1980 brauchte er dafür den Begriff «Selbstverwaltung», den er so definierte: «Selbstverwaltung will durch eine Demokratisierung von Gesellschaft, Staat und Wirtschaft den Widerspruch aufheben, der sich in der Ehe zwischen einem zur Demokratie verpflichteten Staat und einer undemokratischen Privatwirtschaft manifestiert, und damit dem Begriff der Volksherrschaft wieder einen Sinn verleihen, indem sie die demokratischen Handlungsspielräume um den Raum der Wirtschaft erweitert» (Zur Philosophie der Selbstverwaltung, in: NW 10/80, S. 277). Unteilbar ist aber nicht nur die Demokratie, unteilbar sind auch die Menschenrechte, die in der Wirtschaft nicht weniger gelten sollten als im Staat. Der folgende Beitrag zeigt, wie die Forderung nach «Wirtschaftsdemokratie» in den Trikolorenwerten der Französischen Revolution eine sozialethische Grundlage findet. Der Text gibt ein Referat wieder, das der Autor am 24. April 2002 beim «Oltner Kreis linker SozialdemokratInnen» in Zürich gehalten hat. Red.

Thesen zur Reformation der Linken

Seit Martin Luther ist es Brauch geworden, seine Vorstellungen von der Notwendigkeit einer Reformation des Bestehenden in Thesenform an die Wand der Zeit zu schlagen. So möchte ich ebenfalls mit der Formulierung einiger Thesen zur Reformation der Linken beginnen und diese *zur Diskussion* stellen.

Ausgangspunkt meiner Thesen ist die Feststellung, dass es heute in Europa *keine demokratische Linke mehr* gibt, die, von ihrer Tradition her gesehen, gleichzeitig diesen Namen noch verdient und eine ernstzunehmende politische Macht darstellt. Die *europäische Sozialdemokratie* hat die roten Fahnen eingezogen und in Theorie und Praxis den Kampf gegen die herrschende Wirtschaftsform eines Neoliberalismus genannten *Alt-Kapitalismus* aufgegeben. In dieser Mimikry hat Rot sich in Gelb verwandelt. Die europäische Sozialdemokratie, die ja an manchen Orten sei es die Regierung stellt, sei es mitregiert, ist heute in ihrer Praxis ein auf Mässigung bedachter *Erfüllungsgehilfe der neoliberalen Globalisierung* geworden. Das geht so weit, dass massgebende sozialdemokratische Politiker und Theoretiker verkünden, das tradierte Rechts-Links-Schema sei überholt und es gebe nur noch Mitte. Wer an diesem Schema noch festhalte, sei ein Nostalgiker und realitätsferner Ideologe. Das neue Leitbild ist die diffuse *«Neue Mitte»* und deren Praxis ein sich als ideologiefrei verstehender *Pragmatismus*.

Freilich ist diese angebliche Ideologie-Abstinenz des Pragmatismus in Wahrheit selbst eine Ideologie zur Legitimierung der «pensée unique» der neoliberalen Globalisierung. Dieser Pragmatismus als *Ideologie der Ideologiefreiheit* ist eine Kapitulation vor einer sozioökonomischen Wirklichkeit, die umzustürzen die Linke einst angetreten war. Der «pensée unique» hat die Linke, soweit es eine solche noch gibt, bis heute

jedoch bloss eine «pensée confuse» entgegenzusetzen. Nicht ohne *Mitschuld der alten Linken,* die es allzu oft versäumt hatte, sich eindeutig vom *Sowjetkommunismus* in allen seinen Variationen abzugrenzen, und die allzu oft Sozialismus auf einen mehr oder weniger dogmatischen Marxismus reduziert hatte. Nicht ohne deren Mitschuld also ist heute sogar der Begriff «Sozialismus» so diskreditiert, dass man mit ihm keinen Hund mehr hinter dem Ofen hervorlocken kann.

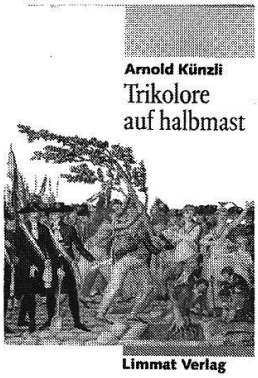
Die Linke hat so sehr an Attraktivität und Überzeugungskraft eingebüsst, dass sogar ihre alten Stammwähler ihr untreu zu werden beginnen und sich schillernden politischen Figuren der Rechten in die offenen Arme werfen. Mit einem Wort: Wir haben – nicht nur in Europa – *keine machtpolitisch ins Gewicht fallende linke Alternative* mehr. Die führenden Politiker und Politikerinnen unserer grossen demokratischen Parteien und die aus diesen hervorgehenden Regierungschefs sind weitgehend auswechselbar geworden, und insofern trifft die Feststellung tatsächlich zu, dass es keinen Gegensatz von links und rechts mehr gebe. Der zeitkritische Satiriker *Ernst Jandl* hat das in seiner fröhlichen Dialektik von «lechts und rinks» unübertrefflich glossiert.

Im Grunde ist die *globale Herrschaft des Neoliberalismus* dank der Kapitulation der Linken ein *ökonomischer Totalitarismus* mit einem *strukturellen Gewaltpotenzial,* der sich noch den Spass souveräner nationaler politischer Demokratien leistet, da deren Politik ihm gegenüber weitgehend ohnmächtig ist, was freilich nicht ausschliesst, dass er sie ruft, wenn er sie braucht. Die Herrschaft dieses globalen Wirtschafts- und Finanzsystems ist trotz aller interner, gelegentlich sogar Subkontinente erschütternder Krisen so unangefochten, dass auf absehbare Zeit kein substanzieller Wandel als möglich erscheint.

Deshalb sollte eine Sozialdemokratie, die sich noch als Linke verstünde und an einer Regierung beteiligt wäre, sich aus dieser zurückziehen und sich *in die Wüste der Opposition* begeben, um sich auf ihre Ziele und ihre Aufgabe zu besinnen und sich darüber klar zu werden, wie eine linke Alternative zum herrschenden Wirtschafts-Totalitarismus aussehen müsste. Das hiesse, festzustellen, was von den tradierten Werten und Theorien der demokratischen Linken beibehalten und was im Hinblick auf eine in mancherlei Hinsicht veränderte Situation der Zeit neu entworfen werden soll.

Eine linke Alternative zum Bestehenden brauchte eine *kritische Theorie.* Eine solche ist keine fixfertige Utopie im klassischen Sinne des Begriffs, sondern versteht sich als ein entschlossen an den linken Grundwerten orientierter theoretischer und praktischer *Lernprozess,* in dessen Verlauf ad hoc punktuelle und ganzheitliche Alternativen zum Bestehenden ausgearbeitet und der Öffentlichkeit zur Diskussion vorgelegt werden sollen.

Unabdingbar ist dabei, den *Grundwerten* treu zu bleiben. Ein solcher Lernprozess lässt sich vereinen mit einer *Widerstandspraxis* im Sinne etwa – um nur diese zu nennen – der *«Attac»-Bewegung.* Was schliesslich im speziellen die Schweiz anbelangt, wäre es an der Zeit, endlich den *faulen Zauber der Zauberformel* zu enttarnen und eine linke demokratische Opposition aufzubauen, im Sinne eines «reculer pour mieux sauter».



Die Linke hat die roten Fahnen eingezogen. Darum bleibt auch die «Trikolore auf Halbmast». Das gleichnamige Buch von Arnold Künzli ist 1992 erschienen.

Die Trikolorenwerte der Französischen Revolution als Leuchtturm

Soweit meine Thesen. Diese stehen zur Diskussion. Voraussetzung einer solchen Diskussion ist wohl eine *Einigung über die Grundwerte,* denen eine Linke, die diesen Namen noch verdient, sich verpflichtet fühlen sollte. Diesen Grundwerten kommt die *Funktion eines Leuchtturms* zu, der den Schiffen

draussen auf dem Meer den Weg weist. Diese Grundwerte sind der demokratischen Linken durch ihre Geschichte vorgegeben. Im Sinne von *Erhard Eppler* wäre von einem *Wertkonservatismus der Linken* zu sprechen, was keineswegs ein Paradox ist. Nirgends sind diese Grundwerte prägnanter formuliert worden als in der Französischen Revolution: «Liberté, Egalité, Fraternité» auf der Grundlage der «Déclaration des droits de l'homme et du citoyen» von 1789 und 1791.

Freilich war die Französische Revolution eine *bürgerliche Revolution* jenes «tiers état», der die Macht von Thron, Adel und Altar brechen und sie dem «citoyen» zuspielen wollte, was ihr bekanntlich auch einigermassen gelungen ist. Aber der auf die Trikolorenwerte von «Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit» eingeschworene Citoyen, der Staatsbürger – von der «Citoyenne» war damals noch nicht die Rede – betrat die Bühne der Weltgeschichte Arm in Arm mit dem Bourgeois, dem Besitzbürger. Die Revolution war als bürgerliche nur so weit bereit, ihr Versprechen universell gültiger Trikolorenwerte als verpflichtender Grundwerte einzulösen, wie die partikularen bourgeoisen Klasseninteressen dies zuliessen. Das lässt sich vor allem am geradezu religiösen Bekenntnis zur *Unantastbarkeit des Privateigentums* erkennen, wobei man noch nicht zwischen Privateigentum an den Produktionsmitteln und privatem Gebrauchseigentum unterschied.

Mit anderen Worten: Die *Trikolore* ist in der bürgerlichen Französischen Revolution nur *auf halbmast* gehisst worden, das Eigentums- und Wirtschaftssystem blieb dem normativen Anspruch der Trikolorenwerte gegenüber tabu. So gesehen müsste eine demokratische und ihrem Ursprung im Sinne eines Wertkonservatismus verpflichtete Linke es sich zur Aufgabe setzen, die Trikolore endlich ganz zu hissen und auch den *Bourgeois in einen Citoyen* zu verwandeln. Keiner hat den Geburts-Widerspruch der Französischen Revolution überzeugender herausgearbeitet als *Ernst Bloch,* der schrieb, dass die bürgerliche Revolution an den meisten Punkten mehr bürgerlich als Revolution war, und der deshalb, an die Linke gerichtet, postulierte: «Soziale Revolution erfüllt in ihrer Aufgabe, (...) was die bürgerliche Revolution versprochen hat... Es ist der Gehalt der Menschenrechte... Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit...» Was die richtungweisenden Grundwerte einer linken Theorie und Praxis anlangt, müsste es, so gesehen, die Taktik dieser Linken sein, die Bourgeois beim Wort zu nehmen, sie mit den Werten ihrer eigenen Revolution zu konfrontieren und die von dieser dem Citoyen zugesprochenen Rechte auch auf dem Gebiete der *Wirtschaft* einzuklagen.

Die Entfremdungstheorie des jungen Marx bleibt gültig, solange es Kapitalismus gibt

Vielleicht wird man jetzt fragen, weshalb bisher von *Marx* nicht die Rede war. Meine Antwort lautet: Weil Marx in der *messianischen Tradition* seiner Rabbiner-Vorfahren und vernebelt durch die *Hegelsche Geschichtsmetaphysik* sich das Reich der Freiheit als Resultat eines sich mit Notwendigkeit vollziehenden Geschichtsprozesses vorgestellt hat. Das Proletariat war sein Volk Israel, das er im Exodus aus der ägyptischen Knechtschaft des Kapitalismus ins gelobte Land der Freiheit führen zu können hoffte. Von einer Orientierung an Werten wollte Marx nichts wissen, dafür hatte er nur Spott übrig, obgleich seine Kritik am Kapitalismus auf Schritt und Tritt normativ fundiert ist.

So bleibt denn auch die normativ-humanistisch orientierte Entfremdungstheorie des jungen Marx, wie er sie in den berühmten Pariser Manuskripten von 1844 formulierte, nach wie vor und solange es noch Kapitalismus gibt, gültig. Marxens Diagnose lautete, dass der

Mensch, der in einem kapitalistischen Wirtschaftssystem gezwungen ist, um seiner Lebenserhaltung willen seine *Arbeitskraft* wie eine *Ware* an die Eigentümer der Produktionsmittel zu verkaufen, ohne ein Recht der Mitsprache und der Mitbestimmung über das Resultat seiner Arbeit zu haben, zu einem Status der *Unfreiheit,* der *Erniedrigung* verurteilt sei, den er «Entfremdung» nannte. Diese Diagnose stellt fest, das auf dem Privateigentum an den Produktionsmitteln basierende Wirtschaftssystem verletze die Menschenrechte auf Freiheit von Zwang und Unterdrückung und auf Gleichheit. Der normenfeindliche Marx hat das so nicht gesagt, aber das ist der immanente Sinn seines Begriffs einer Entfremdung des arbeitenden Menschen von seiner Arbeit und deren Produkt, damit von sich selbst und von der Gesellschaft.

Ein Menschenrecht auf Freiheit und Gleichheit – immer verstanden als gleiche Freiheit – beinhaltet somit auch ein *Menschenrecht auf nicht entfremdete Arbeit.* Und das heisst auf eine Arbeit, in der ich mich nicht als Ware verkaufen muss, sondern in der ich bei mir bleibe, was ja nach Hegel das Wesen der Freiheit ist. Soviel zu Marx.

Die Menschenrechte sind unteilbar

Es ist in der Tat nicht einzusehen, wieso die Menschenrechte nur dem Schutz der Menschen vor *politischer Repression* und nicht auch dem vor einer *ökonomischen* dienen sollen, zumal in einer Zeit, da eine globalisierte Wirtschaft daran ist, die Macht der Politik immer mehr einzuengen. Die Menschenrechte sind unteilbar und gelten universell. Man kann in Staat und Gesellschaft nicht ökonomische Freiräume schaffen, in denen sie keine Geltung besitzen. Ein *linkes Grundsatzprogramm* müsste deshalb heute – mit zweihundertjähriger Verspätung – *eine Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte in der Wirtschaft* enthalten, bedeutet doch allein schon die Rede von lohnabhängigen Arbeitnehmern, die von Arbeitgebern auf die Strasse gestellt werden können, eine Verletzung der Menschenrechte und der Menschenwürde, da die einen durch die Produktions- und Eigentumsverhältnisse zur Abhängigkeit von den andern verurteilt sind.

Deshalb ist auch die Rede von einer *Sozialpartnerschaft* eine verlogene Ideologie, denn Partnerschaft gibt es nur unter Gleichen. Und was die *Menschenwürde* anbelangt: Es findet heute im Zusammenhang mit der revolutionären Entwicklung der Humangenetik eine weltweite intensive Diskussion darüber statt, von welchem Stadium der menschlichen Entwicklung an dem, was da ein Mensch zu werden im Begriffe steht, eine menschliche Würde zuzusprechen sei, und es ist nicht einzusehen, wieso man so engagiert mit der Frage der menschlichen Würde eines Embryos ringt, jedoch die Würde des ausgewachsenen Menschen am Arbeitsplatz kein Diskussionsthema ist. Der Satz des deutschen Grundgesetzes: «Die menschliche Würde ist unantastbar», wird durch jeden unfreiwillig Arbeitslosen dementiert.

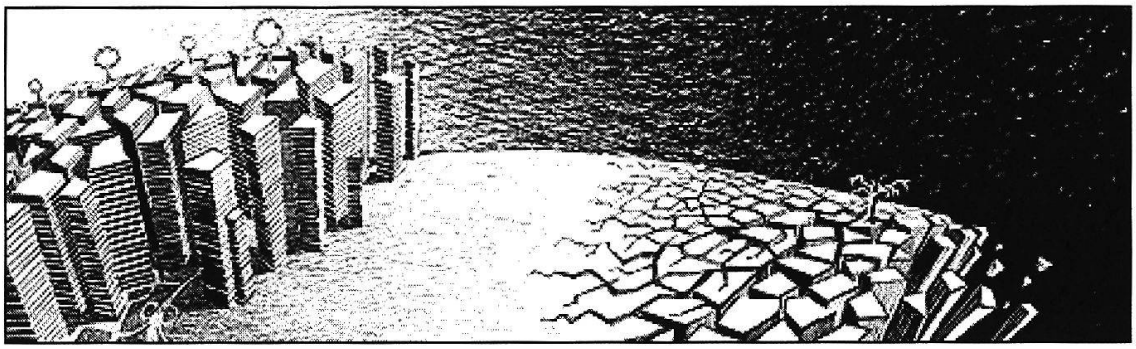
Unserem kapitalistischen Wirtschaftssystem kommt im Bewusstsein seiner Verteidiger eine geradezu *religiöse Dignität* zu. Die *unsichtbare Hand von Adam Smith,* die dafür sorgt, dass der Kampf der wirtschaftlichen Egoismen dem Wohl der Gesamtgesellschaft dient, ist in der Tat die Hand Gottes. Adam Smith war Philosoph und hat den Gedanken der unsichtbaren Hand bei der griechisch-römischen Philosophie der *Stoa* geborgt, die einen göttlichen Weltenlenker annahm. Folglich sorgt diese unsichtbare Hand Gottes dafür, dass die Würde des Menschen im fröhlichen Konkurrenzkampf unserer wirtschaftlichen Dinosaurier unangetastet bleibt...

Der Gedanke, dass der Kapitalismus auf Schritt und Tritt die Menschenrechte und damit auch die Bürgerrechte ver-

Dieses 1986 im Bund-Verlag erschienene Buch zeigt, dass die Kritik des Privateigentums in der Ideengeschichte eine weit grössere Rolle spielt als der «homo œconomicus».

letzt, ist gar nicht neu. Ich erwähne bloss den österreichischen Schriftsteller *Hermann Broch,* der von 1886 bis 1951 lebte. Dieser war keineswegs ein engagierter Linker, zwanzig Jahre lang war er als Direktor einer Spinnfabrik ein erfolgreicher Industriekapitän, der freilich am Abend Philosophie studierte, Gedichte, Essays und Romane schrieb und sich philosophisch zu einem Neukantianer entwickelte. 1940, als jüdischer Emigrant in den USA, hat Broch gemeinsam mit Thomas Mann, Reinhold Niebuhr, Lewis Mumford, Gaetano Salvemini und anderen ein Buch publiziert: «The City of Man. A Declaration on World Democracy». Broch, der mit Roosevelts New Deal sympathisierte, stellte in seinem Beitrag die Forderung nach *«ökonomischen Menschenrechten»* auf.

In einer weiteren Schrift über «Menschenrecht und Demokratie» entdeckte Broch in der kapitalistischen Wirtschaft einen «Versklavungsfaktor» und äusserte dabei erstaunliche Gedanken. So schrieb er: «Es gibt auch eine Wirtschaftsversklavung bei hohen Löhnen und niederen Preisen, kurzum eine Versklavung durch *prosperity*... Denn wenn alle Energien des Menschen auf die Güterproduktion gerichtet sind, wenn er keinen anderen Lebenssinn als diesen kennt, so wird er eben in einer Art von der Wirtschaft beherrscht, dass er, bei aller politischen Freiheit, sich selbst allen Charakteristiken des Sklaventums unterwirft.» Ja, der Ex-Unternehmer Broch spricht sogar von einem «Wirtschaft-Totalitarismus, der im Kapitalismus versteckt, aber doch mit zunehmender Schärfe, ja stets faschistisch ausbruchsbereit unter der Oberfläche schwelt...» Und man wird an einen berühmten Satz von Marx erinnert, wenn man weiter liest, die *Forderung der Demokratie an die Wirtschaft* sei «schwerwiegend, nämlich dass der Mensch niemals als Wirtschaftssache, – kurzum als Sklave behandelt werden darf.»



Chappatte 1999 in der New York Times

Politische Demokratie braucht Wirtschaftsdemokratie

Die Menschenrechtskritik an den kapitalistischen Produktions- und Finanzverhältnissen richtet sich nicht nur gegen diese Verhältnisse als solche. Sie ist auch getragen von der Sorge um den Fortbestand einer politischen Demokratie, die zusehends durch die Macht und die Imperative einer *globalisierten Wirtschaft* und durch die politische Indolenz einer dem digitalisierten Konsumismus verfallenen und durch die «circenses» des Fernsehens bei Laune gehaltenen *Spassgesellschaft* ausgehöhlt wird.

Die politische Demokratie als solche bleibt weiter so lange nur eine *halbe,* solange eine genuin undemokratisch strukturierte Wirtschaft und Finanzwelt über eine privatisierte Entscheidungsmacht verfügt, der sich die Politik allzu oft zu beugen hat und auf die der Citoyen und die Citoyenne selbst in einer halbdirekten Demokratie wie der Schweiz kaum einen nennenswerten Einfluss haben. Das Postulat einer *Demokratisierung der Wirtschaft* hat so gesehen auch die Funktion, die bestehende politische Demokratie vor einem drohenden Verfall zu retten.

Den demokratischen Sozialismus neu definieren

Was bisher demokratischer Sozialismus genannt wurde, wäre neu zu definieren als eine Ausweitung des Geltungsbereichs der Bürger- und Menschenrechte von der Politik auf Gesellschaft und Wirtschaft. Oder anders formuliert: Sozialismus wäre zu definieren als *Erklärung der ökonomischen Bürger- und Menschenrechte* mit dem Ziel einer Aufhebung der Unmündigkeit des Menschen am Arbeitsplatz. Nichts anderes meint auch der Begriff einer *demokratischen Selbstverwaltung,* auf die einige Unentwegte, zu denen leider auch ich gehörte, die SPS in einem neuen Parteiprogramm vergeblich zu verpflichten suchten. Vielleicht wäre es nicht unangebracht, diesen Programmentwurf wieder einmal aus den verstaubten Ordnern des Parteisekretariats hervorzuklauben.

Die Frage wäre bloss noch, auf welchen Namen man einen solchen demokratischen Sozialismus taufen soll, da wie gesagt der Begriff «Sozialismus» infolge seiner Pervertierung durch die Kommunisten und deren Sympathisanten auf absehbare Zeit wohl diskreditiert ist. Vielleicht wäre *«Wirtschaftsdemokratie»* ein passabler Ersatz. So realitätsfern ein solches Unternehmen manchen, auch in der SPS, erscheinen mag, die Einsicht scheint doch langsam zu wachsen, dass der globalisierte Kapitalismus nicht, wie einige etwas voreilig verkündeten, der glorreiche Höhepunkt und das Ende der Geschichte ist, und allenthalben werden sogar im eigenen Lager der Globalisierungs-Gläubigen kritische Stimmen laut. Die pekuniäre Elefantiasis der Spitzenmanager provoziert sogar die NZZ, den moralischen Zeigefinger zu erheben, und man liest ebendort neuerdings Artikel, in denen die anthropologische Gültigkeit des sakrosankten «homo oeconomicus» in Frage gestellt wird.

Da und dort geschieht sogar Erstaunliches. Im Jahre 1971 ist ein Buch erschienen, das in kurzer Zeit ein Klassiker der politischen Philosophie geworden ist: *John Rawls' «Theorie der Gerechtigkeit»*. Rawls hat darin eine äusserst differenzierte philosophische Konzeption des Gerechtigkeitsbegriffs entworfen, eine Konzeption, die man einem aufgeklärten politischen Liberalismus zurechnen darf. Dreissig Jahre später, im Jahre 2001, kommt der weltweit gefeierte Rawls in einem neuen Buch auf seinen Klassiker zurück: «Justice as fairness. A Restatement». Darin bekennt Rawls sich zu der vom britischen Ökonomen *James Mead* entworfenen Theorie einer *«property-owning democracy»* als Theorie eines demokratischen Sozialismus. Rawls versteht unter diesem Begriff eine Eigentümer-Demokratie im Sinne einer breit gestreuten Verfügung über die Produktionsmittel. Das ist nicht allzu weit entfernt von dem, was wir in unserem Programmentwurf demokratische Selbstverwaltung genannt haben.

Dasselbe ist zu sagen von einem 1997 in London erschienenen Buch des griechischen Philosophen und Ökonomen *Takis Fotopoulos*: «Towards an Inclusive Democracy. The Crisis of the Growth Economy and the Need for a New Liberatory Project». Etwas unbeholfen auf deutsch übersetzt meint «inclusive democracy» eine integrative, ganzheitliche, umfassende Demokratie. Das Buch enthält eine eingehende, differenzierte Kritik sowohl der kapitalistischen wie der weiland kommunistischen Wachstums-Ökonomie und entwirft ein ausgefeiltes Modell einer *«economic democracy»*.

Eine gesamtgesellschaftliche Kulturaufgabe

Zurück zur *Aufgabe,* die sich heute einer *radikal demokratischen Linken* stellen würde. Diese Aufgabe ist infolge der spektakulären Entwicklung der Informationstechnik und der dadurch ermöglichten Digitalisierung der globalen Finanzaktionen erheblich *komplizierter*

geworden, als sie es ohnehin schon war. Noch vor relativ kurzer Zeit konnte man sich mit seiner Emanzipationsforderung auf die Produktionsverhältnisse und insbesondere das Verhältnis von Lohnarbeit und Kapital konzentrieren, und das heisst im wesentlichen: auf die Industrie. Inzwischen aber hat ein Paradigmenwechsel stattgefunden, in Form einer weitgehenden Verselbständigung und Globalisierung des *Welt-Finanzsystems*. Das hatte zur Folge, dass Arbeit und Leistung an Bedeutung verloren haben, da das grosse Geld heute weitgehend durch Spekulation gewonnen wird und nicht mehr nur durch Produktion und Arbeitsleistung, so wichtig diese auch bleiben. Man könnte sagen, das Geld habe sich verselbständigt, von der Produktion emanzipiert.

Weiter ist die Position der Aktionäre, der *«shareholders»*, aufgewertet worden, und deren «value» zu erhalten und zu steigern ist wichtiger als die Erhaltung von Arbeitsplätzen und Lohnerhöhungen. Man denke an die Unternehmens-Fusionen, bei denen oft Tausende von Arbeitsplätzen verloren gehen. Das alles stellt den Gedanken einer Demokratisierung der Wirtschaft vor neue Probleme. So krankt auch der zunehmende Widerstand gegen die Finanz-Internationale und ihre Institutionen – WTO, IWF, Weltbank, World Economic Forum – daran, dass man sich bisher allzu sehr auf *Protest* beschränkt und sich zu wenig mit der Frage einer gegebenenfalls mehrheitsfähigen und realisierbaren *Alternative* befasst hat.

Ohne einer Katastrophentheorie zu verfallen, darf doch angenommen werden, dass der globalisierte Turbo-Kapitalismus nicht das letzte Wort der Geschichte ist. Man braucht nicht mit *Jean Baudrillard* auf eine Implosion dieses Systems analog zur Implosion des Weltkommunismus zu hoffen, um von der Notwendigkeit einer Alternative überzeugt zu sein.

Eine von der *regulativen Idee der Menschen- und Bürgerrechte* inspirierte Alternative würde auch die tradierten Funktionen des Marktes und des Geldes in Frage stellen. Die ursprüngliche ökonomische Funktion des Marktes, der *Agora* der griechischen Polis, war ja bloss, die Bürger mit den notwendigen Gütern zu versorgen. Dieser Markt war keine Institution zur Wohlstandsvermehrung. Ebenso wenig diente er als Tummelplatz raffgieriger Spekulanten. Der *Markt* wäre wieder auf seine ursprüngliche Funktion zu reduzieren und soweit als nötig demokratisch zu kontrollieren. Es geht heute nicht mehr, oder jedenfalls nicht primär, um die Frage «Etatisierung oder Privatisierung», sondern um eine Demokratisierung sowohl des «service public» wie der privaten Wirtschaft.

Weiter wäre es angesichts der *Reichtums-Exzesse* auf der einen und der *Armuts-Misere* auf der anderen Seite unseres kapitalistischen Globus wohl an der Zeit, sich auch Gedanken zu machen über die *Entartung des Geldes* vom blossen Tauschmittel zum primären gesellschaftlich-wirtschaftlich-politischen Machtmittel und zum alles dominierenden Götzen unserer Kultur. Es tönt zwar hoffnungslos utopisch, aber das Postulat einer *Demokratisierung der Wirtschaft* impliziert auch eine solche *des Geldes als Machtpotential.*

Gewiss ist eine *Demokratisierung als solche kein Allheilmittel.* Faute de mieux basiert die Demokratie bis heute auf dem Mehrheitsentscheid. Die Mehrheit aber ist nicht identisch mit der Wahrheit oder auch nur der Richtigkeit. Sie kann böse in die Irre gehen, wie wir das ja gelegentlich erlebt haben und weiter erleben. Ohne eine vom *sittlichen Wert* der Menschen- und Bürgerrechte überzeugte und getragene Kultur degeneriert auch eine institutionell perfekte Demokratie. Deshalb ist das Postulat einer Wirtschaftsdemokratie mit ökonomischen Menschen- und Bürgerrechten eine gesamtgesellschaftliche Kulturaufgabe. •